

Aalen plant drastische Erhöhung der Hundesteuer - Das müssen Halter wissen!

Die Stadt Aalen plant zum 1. Juni 2025 eine Erhöhung der Hundesteuer zur Haushaltskonsolidierung. Was Hundehalter wissen müssen.



Aalen, Deutschland - Die Stadt Aalen plant eine Erhöhung der Hundesteuer, um die finanzielle Lage der Stadt zu konsolidieren. Laut der **Schwäbischen Post** wird der Gemeinderat am 30. April über die entsprechende Empfehlung des Finanzausschusses abstimmen. Die Erhöhung soll am 1. Juni 2025 in Kraft treten und könnte die Einnahmen signifikant steigern.

Aktuell betragen die Gesamteinnahmen aus der Hundesteuer in Aalen rund 340.000 Euro. Mit der neuen Regelung wird die Steuer für den Ersthund um 30 Euro auf künftig 126 Euro

jährlich steigen. Für den Zweithund wird sie um 60 Euro auf 252 Euro erhöht. Ab dem 1. Januar 2027 sind weitere Erhöhungen vorgesehen: Der Ersthund kostet dann 138 Euro, während der Zweithund 276 Euro kosten wird. Besonders auffällig ist die Steuer für Kampfhunde, die auf 800 Euro angehoben wird und ab 2027 auf 880 Euro steigen soll.

Hintergrund der Steuererhöhung

Der Hauptgrund für die Erhöhung liegt im Haushaltskonsolidierungspaket, das darauf abzielt, die Nettoneuverschuldung zu verringern. Seit sechs Jahren gab es keine Anpassung der Hundesteuer, und Aalen liegt im Vergleich zu ähnlichen Städten unter dem durchschnittlichen Steuersatz. Nach Schätzungen wird die Stadt durch die Erhöhung bis 2025 zusätzliche Einnahmen von 32.000 Euro und bis 2026 von 54.000 Euro generieren.

Die Anzahl der Hundehalter in Aalen beträgt derzeit etwa 2900. Die **Stadt Aalen** erhebt die Hundesteuer basierend auf einer vom Gemeinderat beschlossenen Steuersatzung und verpflichtet alle Hundehalter, ihre Tiere innerhalb eines Monats anzumelden oder abzumelden. Hundesteuern sollen zudem zur Kontrolle der Hundepopulation und zur Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Hunden beitragen.

Politische Reaktionen und gesellschaftliche Bedenken

Die Reaktionen auf die geplante Erhöhung sind gemischt. Die CDU-Fraktion unterstützt die Maßnahme und hebt hervor, dass damit auch Investitionen in Hundetoiletten möglich werden. Im Gegensatz dazu hinterfragt die Grüne Fraktion den doppelten Steuersatz für Zweithunde. Die SPD-Fraktion sieht in der Erhöhung eine notwendige Maßnahme zur Haushaltsdeckungen, während die Aktive Bürger-Fraktion Bedenken äußert. Sie befürchtet, dass eine hohe Steuer für Zweithunde zu

Umgehungen führen könnte. Auch die AfD-Fraktion stellt sich gegen die Steuererhöhung.

Im bundesweiten Vergleich erlebt die Hundesteuer ebenfalls einen Anstieg der Einnahmen. Wie **Wamiz** berichtet, erreichten die Einnahmen aus der Hundesteuer in Deutschland im Jahr 2023 einen Rekordwert von etwa 421 Millionen Euro. Diese Entwicklung könnte auch die Notwendigkeit zur Steueranpassung auf kommunaler Ebene in Aalen unterstreichen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die bevorstehende Erhöhung der Hundesteuer in Aalen nicht nur eine finanzielle Notwendigkeit darstellt, sondern auch als Teil eines umfassenderen Trends in deutschen Städten gesehen werden kann. Ein intensiver Dialog über die Verwendung der Einnahmen könnte helfen, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Aalen, Deutschland
Quellen	• www.schwaebische-post.de • www.aalen.de • wamiz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de